



Leave no one behind

Voneinander lernen fördert die
Integration von Minderheiten und
anderen benachteiligten Gruppen
in den Ländern des Westbalkans

Durchgeführt von:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach gut sieben Jahren der Zusammenarbeit möchte ich mich bei allen beteiligten Partnern in den Kommunen und den NGO in Serbien, Nord-Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Kosovo für die erfolgreiche Kooperation bedanken. In diesen Dank schließe ich das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) und die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) als Partner aus Schleswig-Holstein ein, die mit ihrer jeweiligen Expertise in der akademisch fundierten Beratung und der Lobbyarbeit für die Anliegen von Minderheiten zum Erfolg beigetragen haben. Es ist gelungen, über den Austausch von Erfahrungen, Begegnungen, erfolgreichen Praxisbeispielen, Workshops und Diskussionen verschiedene neue Initiativen zu entwickeln, die den Bedarfen vor Ort entsprechen und von den Partnern aus den Gemeinden als gemeinsame Projekte umgesetzt wurden. Ziel jedes der Teilprojekte war es in den vergangenen Jahren, für besonders benachteiligte Gruppen die Teilhabe an und Inklusion in das gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben in den Partnerländern zu stärken.

Schleswig-Holstein hat seine in Jahrzehnten gewachsenen Strukturen in der Minderheitenpolitik und den etablierten Monitoringsystemen sowie die Mechanismen der Inklusion von Selbstorganisationen in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht. Gleichzeitig haben die schleswig-holsteinischen Akteure im Kontakt mit den Partnern in der Region viel Neues erfahren, unterschiedliche Perspektiven eingenommen und gelernt, scheinbare Gewissheiten in der Integrations- und Inklusionspolitik zu hinterfragen. Auf diese Weise ist die Arbeit in den Projekten, die in diesem Booklet beschrieben werden, zu einem Gewinn für alle Beteiligten geworden.

Darauf können wir stolz sein. Und diese Erfahrungen können Mut machen für weitere Anstrengungen und neue Initiativen.

*Linda Pieper,
Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein*

Hintergrund

Der laufende Reform- und EU-Annäherungsprozess ist ein wichtiger Faktor für die Zusammenarbeit und politische Stabilisierung in Südosteuropa. Die Einbeziehung besonders benachteiligter Gruppen ist ein wichtiges Element der EU-Beitrittsverhandlungen. Die Länder des Westbalkans sind aktuell dabei, langfristig geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um die soziale und wirtschaftliche Inklusion aller gesellschaftlichen Gruppen und den gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten im Sinne des übergeordneten Leave No One Behind-Prinzips als zentrales, transformatives Versprechen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu gewährleisten. Obwohl auf zentral(-staatlicher) Ebene entsprechende Gesetze, Strategien und Aktionspläne vorliegen, bleibt die Umsetzung auf lokaler Ebene eine Herausforderung. In der gesamten Westbalkanregion gehören Angehörige verschiedener Minderheiten, insbesondere Roma*nja, nach wie vor zu den am stärksten benachteiligten Bürger*innen – sie sind häufig von Armut, sozialer Ausgrenzung und verschiedenen Arten von Diskriminierung betroffen. Lokale Akteure, u.a. soziale Einrichtungen und Gemeinden verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten und Ressourcen, um allen Bürger*innen, einschließlich vulnerablen Gruppen, qualitativ und quantitativ ausreichende Dienstleistungen anzubieten. Ein wesentliches Hindernis für ihren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist jedoch nicht nur die begrenzte Unterstützung, sondern auch der Mangel an Informationen und Vertrauen in die Institutionen.



Ganz anders ist die Situation in Schleswig-Holstein, dem nördlichsten Bundesland Deutschlands. Das Land grenzt an Dänemark und hat eine lange Geschichte mit der dänischen Minderheit, die seit Jahrzehnten auf deutschem Gebiet lebt, sowie die deutsche Minderheit in Dänemark und die friesische Volksgruppe auf beiden Seiten. Seit 2012 sind auch die Sinti*zze und Rom*nja offiziell als Minderheit in der schleswig-holsteinischen Verfassung verankert. Alle vier Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion leben heutzutage friedlich mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung zusammen. Schleswig-Holstein ist für seine Minderheitenpolitik bekannt, in Deutschland und darüber hinaus.

Seit 2016 hat die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und im Rahmen des Bund-Länder-

Programms (BLP) mehrere Projektmaßnahmen zum Thema „Minderheiten im Westbalkan“ umgesetzt, finanziert durch das BMZ und das Bundesland Schleswig-Holstein. Die Projektmaßnahmen wurden in Kooperation mit dem GIZ-Programm Soziale Rechte und Inklusion für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, dem Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI), der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und dem Netzwerk der Verbände lokaler Gebietskörperschaften in Südosteuropa (NALAS) umgesetzt, mit dem Ziel die Bereitstellung sozialer Dienste für Minderheiten in den fünf Westbalkanländern – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo*, Nord-Mazedonien und Serbien zu verbessern. Zwei Modelle zu Diversity Management und sozialer Inklusion wurden erfolgreich von Schleswig-Holstein nach Bijeljina (Bosnien und Herzegowina) und Tetovo (Nord-Mazedonien) übertragen.

Darauf aufbauend hat NALAS, in Abstimmung mit der GIZ, im Jahr 2022 ein Projekt zum „Ausbau von Modellen zur Inklusion von Minderheiten und zur Stärkung entsprechender Dienstleistungen in Kommunen des Westbalkans“ durchgeführt. Damit konnte ein weiterer Beitrag zum Kapazitätsaufbau relevanter staatlicher und nicht-staatlicher Akteure im Bereich sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Menschenrechte und Inklusion vulnerabler Gruppen geleistet werden. Ziel des Projekts war es, den Austausch bewährter Praktiken auf regionaler Ebene zu fördern und die enge Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der zentralstaatlichen und der lokalen Regierungsebene zu stärken, im Sinne einer effizienten und effektiven Umsetzung der Eingliederungs-/Vielfaltspolitik und dadurch benachteiligte Gruppen und ihre spezifischen Bedürfnisse adäquater zu adressieren, ausgehend von einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf der LGBTI+-Community, auf Menschen mit Behinderungen, Frauen, Mädchen und Roma*nja.

Diese Broschüre soll einen kurzen Überblick über die Maßnahmen zur weiteren Integration von Minderheiten und anderen benachteiligten Gruppen in den westlichen Balkanstaaten geben. Sie fasst zentrale Lernerfahrungen aus der bisherigen Umsetzung von Minderheitenmodellen zusammen und gibt weitere Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Diversitätsmanagement und zur sozialen Integration.



„Das Projekt trägt dazu bei, die Rolle von NALAS als Wissensplattform für Kommunalverwaltungen in der Region, zur Sensibilisierung der Regierungsstrukturen auf zentraler und lokaler Ebene zu stärken und somit soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Diskriminierung von Minderheiten zu beseitigen.“

Joachim Roth, EU-Beauftragter, NALAS

* Diese Benennung erfolgt unbeschadet der Stellungnahmen zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des UN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des IGH zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Gemeinsame Erfolge und Ergebnisse

Ein Schwerpunkt des Projekts lag auf Wissenstransfer und institutionellem Lernen. Dabei wurden die verschiedenen Institutionen aus Schleswig-Holstein sowie ihre spezifischen Strukturen und Ansätze im Bereich des Minderheitenmanagements den verschiedenen Akteuren aus den westlichen Balkanländern nähergebracht. Zahlreiche Workshops, Trainings und Delegationsbesuche in Schleswig-Holstein bildeten zentrale Elemente für kollegialen Austausch und Diskussion. Die Vertreter*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft aus dem Westbalkan konnten sich von den Modellen zur Integration von Minderheiten in der dänisch-deutschen Grenzregion motivieren und inspirieren lassen. Zwei dieser Modelle aus Schleswig-Holstein wurden erfolgreich übertragen – der Minderheitenbeauftragten sowie das Dialog Forum Norden (DFN).



Einrichtung des Büros für nationale Minderheiten, Bijeljina (Bosnien und Herzegowina)

Inspiziert durch das Model des **Minderheitenbeauftragten in Schleswig-Holstein** erarbeiteten die Vertreter*innen der **Gemeinde Bijeljina** und der Bürgervereinigung Otaharin ein erstes Konzept für den Minderheitenbeauftragten von Bijeljina. Das Büro des Beauftragten erbringt dabei folgende Dienstleistungen:

- Kontaktpflege mit Interessenvertreter*innen und Zielgruppen
- Aufnahme von Beschwerden und Beantwortung von Anfragen
- Dokumentation und Monitoring von aktuellen Entwicklungen in den Gemeinden
- Konzeption von minderheitenbezogenen Projekten sowie finanzielle Akquise für deren Umsetzung

Mit tatkräftiger Unterstützung des Bürgermeisters von Bijeljina und seinem Vertrauen in die lokalen Partner, wurde innerhalb der Abteilung Soziales der Stadtverwaltung, die Stelle eines Minderheitenbeauftragten im neuen Büro für nationale Minderheiten und Diaspora eingerichtet. Seit der Einrichtung des Büros für nationale Minderheiten im Juli 2017 wurden in enger Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Sektor und Zivilgesellschaft wesentliche Anstrengungen unternommen, um die Integration und Lebensqualität der in der Gemeinde Bijeljina lebenden Minderheiten zu verbessern:

- Die Kampagne „Der Bürgermeister ist ein Freund der Roma“ schärfte das Bewusstsein bzgl. der Herausforderungen der Roma*nja in der Gemeinde und verbesserte das Wissen der Einwohner*innen zu sozialen Grundrechten.
- Verabschiedung eines lokalen Aktionsplans zur besseren Integration von Roma*nja innerhalb der Stadt Bijeljina (2019 – 2023), in dem erstmalig Antiziganismus als Hauptursache für die Ausgrenzung und Marginalisierung von Roma*nja anerkannt wird.
- Die Themen „Unterstützung des Aktionsplans für Roma“ und „Nationale Minderheiten“ wurden in den Haushaltsplan der Stadt aufgenommen. Auf dieser Grundlage stellt die Stadtverwaltung nun Finanzierung für Vereine zur Verfügung, die Unterstützungsmaßnahmen für Minderheiten durchführen.
- In Zusammenarbeit mit verschiedenen nichtstaatlichen Akteuren (z.B. Kindergärten, Zivilgesellschaft) fördert die Stadt Bijeljina aktiv die Integration von Roma-Kindern in das Bildungssystem.
- Von 2017 – 2021 wurden 18 Wohnungen für Roma-Familien mit Obdachlosenstatus zur Verfügung gestellt (Initiative „Wohnraumversorgung für Roma in der Stadt Bijeljina“).
- Durch die Anbringung von topografischen Schildern in den Sprachen der in Bijeljina lebenden nationalen Minderheiten, d.h. der Roma*nja als der zahlenmäßig größten sowie der slowakischen Minderheit, wurde deren Sichtbarkeit innerhalb der Stadtgesellschaft erhöht.
- In Zusammenarbeit mit dem Sozialunternehmen AGRO PLAN unterstützt die Stadtverwaltung von Bijeljina auch die Integration der Minderheiten in den Arbeitsmarkt.

Initiierung des Forums für sozialen Dialog und Zusammenarbeit, Tetovo (Nord-Mazedonien)

Inspiziert vom Modell des **Dialog Forum Norden (DFN)** entwickelten Vertreter*innen der Nicht-regierungsorganisation **Sonce** und der **Stadtverwaltung Tetovo**, unterstützt durch die Projektpartner **ECMI** und **FUEN** einen Aktionsplan zur Übernahme

dieses Modells. Es richtet sich sowohl an spezifische Gruppen, die soziale Unterstützung benötigen, als auch an die Gesellschaft insgesamt und soll Raum für einen regelmäßigen Dialog zwischen lokalen Behörden, der Zivilgesellschaft und den verschiedenen Zielgruppen schaffen. Ausgehend von bestehenden Bedarfen zur Bereitstellung sozialer Unterstützung für benachteiligte Gruppen auf lokaler Ebene, wurde von allen an der



Initiative beteiligten Akteuren anerkannt, wie wichtig es ist, diese Unterstützung auch tatsächlich bereitzustellen und die lokale Regierung in die Arbeit des Forums einzubeziehen. Folgende Ergebnisse konnten seit dem Start des Forums im Dezember 2017 erzielt werden:

- Verbesserte Zusammenarbeit zwischen relevanten lokalen Akteuren, der Zivilgesellschaft und Zielgruppe
- Partizipative Haushaltsplanung, unter Einbeziehung aller relevanten Akteure in den Planungsprozess
- Umsetzung der Kampagne „Tetovo, eine Gemeinde, die allen Bürger*innen gleichen Zugang und gleiche Rechte gewährleistet, unabhängig von ethnischer oder sozialer Zugehörigkeit“ schärfte das Bewusstsein für die Situation benachteiligter Gruppen und unterstützte die Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien in die Vorschulbildung sowie den Zugang von Angehörigen von Minderheiten und anderen benachteiligten Gruppen zum Arbeitsmarkt.
- Sensibilisierung anderer Gemeinden für die Rolle, die Struktur und den Mehrwert des Forums.

Multiplikation von Modellen auf regionaler Ebene

Nach dem Vorbild Bijeljinas wurde auch in der Stadt Trebinje (Bosnien und Herzegowina) ein Minderheitenbeauftragter eingesetzt, als neue Anlaufstelle innerhalb der Stadtverwaltung zur Unterstützung von Minderheitengruppen. Die institutionelle Verankerung dieses Minderheitenbeauftragten in der Stadt Trebinje führte zu Verbesserungen im Informationsaustausch und beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für Minderheiten, insbesondere aus den am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Der Minderheitenbeauftragte wurde im Gemeindezentrum installiert, was zu einer verbesserten Zusammenarbeit und Koordination der zuständigen Institutionen führte, im Sinne einer schnelleren und bedarfsgerechteren Unterstützung der benachteiligten Minderheiten.

„Ich lebe mit meinem 18-jährigen Sohn Petar zusammen, der das Wirtschaftsgymnasium besucht und eine monatliche Unterstützung von der Gemeinde erhält. Er ist ein sehr guter Schüler und plant, sich an einer Fakultät in Novi Sad oder Banja Luka einzuschreiben. Ich bin arbeitslos und habe die Unterstützung des Zentrums für Sozialarbeit, des Roten Kreuzes und der Stadtverwaltung in Anspruch genommen. Der Erhalt der Lebensmittel- und Hygienepakete ist immer hilfreich, da ich nur gelegentlich für die Verkehrsbetriebe und als Eisensammlerin arbeite“.

*Frau Sanela Hadžović,
Bürgerin der Roma-Gemeinschaft*

„Die Stadtverwaltung setzt sich für die Verbesserung der Stellung von Minderheiten in der lokalen Gemeinschaft und darüber hinaus ein. Unsere Entschlossenheit hat dazu geführt, dass die Stelle eines unabhängigen, professionellen Mitarbeiters zur Unterstützung nationaler Minderheiten geschaffen und das Gemeinschaftszentrum als öffentliche Einrichtung eingerichtet wurde, als Servicestelle für alle Bürger*innen im Gebiet der Stadt Trebinje. Dadurch konnten wir die Kommunikation mit schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen verbessern, ihre Integration in die soziale Gemeinschaft ermöglichen und relevante Akteure in der Gesellschaft zu einer besseren Zusammenarbeit ermutigen. Dies ist uns durch die Einrichtung und Vernetzung in einer gemeinsamen Datenbank (mit vorheriger sozialer Kartierung) gelungen, über die allen Bürger*innen aus Stadt und Umland wirksame Dienstleistungen angeboten werden, ihre Probleme adressiert und niemand zurückgelassen wird.“

*Frau Slađana Skočajić, Leiterin der Abteilung
für Kultur, Familie, Sport und Bildung*

Inspiziert durch das Forum für sozialen Dialog und Zusammenarbeit in Tetovo richtete auch die **Gemeinde Roskovec (Albanien)** ein **Forum für sozialen Dialog** ein, das nun gemeinsam von der Gemeindeverwaltung weiteren kommunalen Akteuren koordiniert wird. Mit dem Konzept des Forums für sozialen Dialog konnte die Gemeinde benachteiligte Gruppen und alle kommunalen Akteure, die diese unterstützen, gezielt erreichen. Die konkreten Bedarfe der benachteiligten Gruppen konnten angemessen ermittelt werden und bilden nun die Grundlage für den neuen kommunalen Sozialplan. Gleichzeitig schuf die Gemeinde einen weiteren lokal verankerten Ansatz: ein Gremium, dem Vertreter*innen aller relevanten Institutionen (aus Gemeinde, Polizei, sozialen Einrichtungen, Schulen, NRO usw.) angehören und das eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung spielt. Mittels dieses Gremiums können spezifische Probleme benachteiligter Gruppen nun rechtzeitig erkannt und adäquat adressiert werden.

„Die Umsetzung des SDF in der Gemeinde Roskovec brachte alle wichtigen Akteure zusammen, um Opfer häuslicher Gewalt gezielt zu unterstützen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dieses Thema nicht zu verschweigen.“

Jonida Gjoka, Rechtsexpertin

Lernerfahrungen und Erfolgsfaktoren

- **Visionärer Ansatz:** Die Stärkung der Kompetenzen der Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und Kommunalverwaltungen, die Systematisierung von Problemen in den Gemeinden in thematischen Clustern sowie das gemeinsame Nachdenken über mögliche Lösungsansätze, ermöglichte es den Teilnehmer*innen, die Informationen aus



Schleswig-Holstein kritisch zu bewerten und spezifische Modelle für den jeweils eigenen lokalen Kontext zu identifizieren, trotz der Unterschiede in den Rahmenbedingungen eines deutschen Bundeslands.

- **Effektive Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, lokalen und zentralen Behörden:** Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Transfer der einzelnen Modelle und ihre anschließende Weiterentwicklung war die Unterstützung durch die Kommunalverwaltungen. Das Vertrauen zwischen den beteiligten Akteur*innen war für das effiziente Funktionieren der neuen Strukturen von entscheidender Bedeutung und sollte bei der Planung spezifischer Aktivitäten stets berücksichtigt werden. Der direkte Kontakt sowie die Einbeziehung der Zentralregierung in die Umsetzung der Initiativen und die Etablierung dauerhafter Unterstützungsmechanismen für Bedürftige scheint ein wichtiger Faktor für die angestrebten positiven Veränderungen zu sein.
- **Die Identifizierung von Modellen ausgehend von spezifischen lokalen Bedürfnissen:** Ein entscheidender Faktor für den erfolgreichen Transfer beider Initiativen war die Tatsache, dass die involvierten Akteur*innen jeweils das Modell auswählten, das die spezifischen Bedarfe der lokalen Gemeinschaften am besten adressierte. Sowohl der Minderheitenbeauftragte als auch das Forum für sozialen Dialog waren Basisinitiativen, die diesen Bedarfen innerhalb der jeweiligen Gemeinde entsprachen und an die lokalen Gegebenheiten angepasst waren.

Ausblick

Diversitätsmanagement und soziale Integration sind eines der wichtigsten und wirksamsten Instrumente für die nachhaltige Entwicklung von Gemeinschaften. Das Engagement der Kommunalverwaltungen sind hier entscheidend, wenn es um die Integration und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Minderheiten und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen geht. Der folgende Abschnitt benennt einige weiterführende Handlungsempfehlungen für Vertreter*innen aus Kommunalverwaltungen zusammen:



- Benennen Sie Vielfalt und Inklusion in der Kommune zu einem eigenen Wert an sich.
- Thematisieren Sie Diversität und Inklusion in jeder Strategie auf kommunaler Ebene.
- Kooperieren Sie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und treten Sie in Dialog mit allen Akteuren (aus Politiker, Verwaltung) auf kommunaler Ebene, schärfen Sie deren Bewusstsein und Engagement für Vielfalt in ihrer Kommune.
- Organisieren Sie Veranstaltungen mit Expert*innen, Praktiker*innen und Politiker*innen, um eine öffentliche Diskussion und Bewusstsein für aktuelle Probleme auf kommunaler Ebene zu schaffen.
- Initiieren Sie den Austausch mit städtischen Verbänden, um Interessensgemeinschaften und Allianzen zu bilden.
- Erarbeiten Sie eine Strategie für Vielfalt und Integration unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und unmittelbar Betroffenen.
- Überprüfen und identifizieren Sie ggf. diskriminierende Praktiken und beseitigen diese.
- Ermitteln Sie spezifische Bedürfnisse schutzbedürftiger Gruppen und stellen Sie bedarfsgerechte Dienstleistungen bereit.
- Koordinieren Sie die Bemühungen der verschiedenen Resorts auf kommunaler Ebene (z. B. Bildung und Beschäftigung), um Chancengleichheit für alle zu gewährleisten.
- Fördern Sie die Integration in der Bildung und überprüfen kommunale Regelungen für Beschäftigung.
- Informieren Sie sich über Diskriminierung in ihrer Kommune, bzw. auf kommunaler Ebene.
- Erfahren Sie mehr über diskriminierende Praktiken, Strukturen und Verhaltensweisen auf kommunaler Ebene.
- Fördern, oder richten Sie Anlaufstellen und Kontrollmechanismen gegen Diskriminierung ein
- Bieten Sie allen Einwohner*innen diversitäts- und integrationsorientierte Bildungsmaßnahmen an und unterstützen Sie Projekte zum Thema Vielfalt und soziale Integration.
- Stärken Sie lokal vorhandenes Wissen zu sozialen Grundrechten und fördern Sie das gegenseitige Verständnis für Vielfalt bei allen Einwohner*innen und Akteuren auf kommunaler Ebene.
- Unterstützen Sie alle Einwohner*innen, sich ihrer sozialen Rechte bewusst zu sein.
- Stellen Sie finanzielle, personelle und materielle Ressourcen in angemessenem Umfang bereit.
- Nutzen Sie anderweitig verfügbare Mittel, z. B. auf Bundes- und europäischer Ebene.
- Denken Sie über neue Partnerschaften nach und mobilisieren Sie auch nicht-staatliche Unterstützung und Finanzierung.

Schlussfolgerungen

Indem sich Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der lokalen Verwaltungen mit dem Diversity Management und den Minderheitenmodellen des Bundeslands Schleswig-Holstein vertraut machen konnten, hat die gemeinsamen Anstrengungen der Projektpartner dazu beigetragen, dass die beteiligten Akteure die Bedürfnisse ihrer Gemeinden reflektieren und die Grenzen des Status quo überwinden konnten.

Dadurch konnten bestehende Probleme anders wahrgenommen und als Anlass begriffen werden, spezifische und maßgeschneiderte Maßnahmen zu ergreifen. Die Auswirkungen, die aus einer Stärkung kommunaler Dienstleistungen und Strukturen resultieren, gehen dabei weit über die entsprechenden Verbesserungen für die Betroffenen hinaus. Die verbesserte Integration einiger ermöglicht es allen, ihre

Potenziale besser auszuschöpfen und so zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft insgesamt beizutragen.

Die Förderung des Transfers von Know-how und bewährten Praktiken aus der EU in die westlichen Balkanländer hilft diesen nicht nur, sich an EU-Standards und -Politiken anzunähern. Sie fördert auch die regionale Zusammenarbeit zwischen und die Kohäsion in den westlichen Balkanstaaten selbst. Trotz unterschiedlicher rechtlicher, politischer, sozialer und sonstiger Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern hat sich die Adressierung von Problemen der Kommunalverwaltung durch regionales Denken als wirksamer Weg erwiesen, um die sozialen und wirtschaftlichen Chancen und die Gesundheit aller zu verbessern und niemanden zurückzulassen.



